

Themenforum 4:

„Segregation – wen interessiert denn das?“ Versagt die kommunale Politik?

Volker Kersting, ZEFIR

Segregation, als Verräumlichung sozialer Ungleichheit, trifft Quartiere und Institutionen (Schulen, Kitas) gleichermaßen. Die Prozesse schreiten in Nordrhein-Westfalen stetig voran. Nicht nur, dass Politik und Verwaltung dem tatenlos zuschauen, vielmehr tragen sie meist maßgeblich zur negativen Entwicklung bei. So die These, über die auf der Grundlage von jüngeren Analysen in diesem Themenforum ebenso gestritten werden soll, wie über die Frage alternativer Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene.

Die Diskussion des Themenforums dreht sich mit Beiträgen aus verschiedenen Verwaltungsbereichen im Kern um wichtige Voraussetzungen für die Umsetzung von Maßnahmen gegen die bestehende Segregation in den Städten und Kommunen. Kooperation innerhalb der Verwaltungen sowie mit beteiligten Akteuren im Sozialraum, Transparenz, aber auch ein Zusammenbringen der Bevölkerung durch Bürgerversammlungen lassen sich als für die Teilnehmenden wichtige Aspekte herausstellen.

Es gebe eine extreme schulische Segregation, die eine starke Spreizung zwischen den Abschlüssen hervorbringe. Dabei seien die Hauptschüler die Verlierer. Es handele sich dabei um einen geduldeten Zynismus, da Abschlüsse aufwendig an Abendschulen nachgeholt werden müssten. Dies sei ein strukturelles Defizit, das die Kommunen benennen müssten. Eine mögliche Maßnahme wäre es, Hauptschulen auslaufen zu lassen und eine Schule für alle zu schaffen. Es müssten konkrete Handlungsempfehlungen geschaffen und auch angewandt werden. Alle Kinder sollten bspw. im Rahmen eines Kita-Stipendiums vor Eintritt in das Schulleben Schwimmen lernen und besondere Kompetenzen erlernen können. In Zeiten von Corona werde nun auch noch der Corona-Rettungsschirm über die Gewährung anderer Förderungen gelegt (das Kita-Stipendium fand keine Anwendung). Auch im Bereich Ernährung hätten die Kommunen kein Interesse sich bzgl. des Schulesens an arme Kinder zu wenden, um die Gymnasien nicht zu „vergrätzen“. Es seien alle gefordert, um an der derzeitigen Situation etwas zu ändern.

Es brauche mehr Kooperation, um keine Gewinner und Verlierer hervorzubringen. Viele in der Verwaltung und Politik hätten sehr wohl Interesse an Handlungsempfehlungen. Jedoch müsse der Begriff Segregation und seine Bedeutung klarer im Vordergrund stehen. Ebenso fehle es an Zielen, die zwischen verschiedenen Akteuren abgestimmt werden (Politik, Kita, Wohnungspolitik, ...). Es käme auf Mischung an und darauf, bspw. auch in reichen Quartieren höher zu bauen als nur vier Etagen. Diese Themen müssten alle in die politischen Ausschüsse gelangen. Gesundheit, Schule, Sozialplanung und Bauplanung arbeiteten bspw. bei der Stadt Essen bereits zusammen. Die endgültige Durchführung scheitere jedoch ganz oben. Ziele müssen Teil einer Gesamtentwicklungspolitik sein. Herne sei ein erfolgreiches Beispiel: Es gebe ein ausformuliertes Präventionskonzept, in das auch UWE eingebaut werde und der Oberbürgermeister stehe voll dahinter. Auch die AfD habe in Herne eher schlecht abgeschnitten, u.a. da auch die Zivilgesellschaft und eine Wohnungsbaugesellschaft in den Entwicklungsprozess mit eingebunden werden.

Es sei also wichtig alle Bereiche auf kommunaler Ebene zu vernetzen und Entscheidungen auf Grundlage verschiedener Interessen fällen zu können. Dies passiere zu wenig. Arbeit würde nicht realisiert, die Prozesse müssten verknüpft werden. Es bestehe ein großer Bedarf an Entwicklung. In diesem Sinne sei eine Sicherung politischer Mandatierung notwendig. Im Kreis Euskirchen werde bspw. das Jugendamt bei Entscheidungen mit eingebunden, es sei jedoch Geld von Land und Bund nötig. Im Kreis Steinfurt gebe es eine besondere Vorgehensweise bei der gerechten Verteilung von Kindern auf die Kindergärten und es sei ebenso wichtig auch die Eltern zu sensibilisieren. In allen Bereichen komme es vor allem auf Transparenz an: Wer trifft die Entscheidungen? Das Engagement von Experten sei in der Politik ein wichtiger Hebel.

Die Diskussionsrunde endet mit der Frage, wie eigentlich Interessen in politische Entscheidungen eingefügt würden. Sozialdaten würden schließlich nicht zu politischen Handlungen führen. Für eine strukturierte Stadtteilarbeit sei Beteiligung notwendig und dies funktioniere nur im Rahmen von Sozialraumarbeit.